

6. Öffentlichkeit als erweiterter Regierungsraum

Am Anfang dieser Arbeit habe ich Öffentlichkeit als einen diskursiven politischen Raum definiert, der zwischen einer offiziellen Sphäre der Regierung(en) und einer privaten Sphäre der regierten Individuen liegt (Eisenstadt/Schluchter 1998: 10). Um Öffentlichkeit zu beschreiben, braucht es eine Analyse des Verhältnisses dieser beiden Sphären, zwischen denen Öffentlichkeit existiert. In meinem Feld gehört zur Sphäre der Regierung(en), dass in Jordanien Botschaften, internationale Organisationen und NGOs postkolonial mitregieren, während sie vor Ort in Projekte der Entwicklungszusammenarbeit involviert sind und in das Land investieren (vgl. Kap. 3.1.2). Die *Jordan Times* ist eine Zeitung für Menschen, die in ebendiesen Zusammenhängen aktiv sind. Die Öffentlichkeit der *Jordan Times* entsteht also nicht eindeutig zwischen einer Sphäre der Regierung(en) und einer privaten Sphäre der regierten Individuen, sondern kann als Raum zwischen auf unterschiedliche Weise Regierenden begriffen werden. Die Journalist*innen gestalten diesen Raum mit den kuratorischen Praktiken, die ich oben aufgeführt habe (vgl. Kap. 4), und verbinden ihn mit Versprechen, die teilweise universale Ansprüche haben (vgl. Kap. 5). In diesem letzten Kapitel werde ich die Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* herstellt, in Bezug auf Regieren diskutieren (Kap. 6.1) und nach den Möglichkeiten von Widerstand und Emanzipation durch die von der *Jordan Times* hergestellte Öffentlichkeit fragen (Kap. 6.2). Zum Schluss ziehe ich ein Fazit aus meiner Untersuchung und mache Vorschläge für weiterführende Forschungen (Kap. 6.3).

6.1 Verteiltes Regieren

Oben (vgl. Kap. 2.3.1) habe ich die Kritik am westlich-dominanten Öffentlichkeitsbegriff dargestellt, dass Öffentlichkeit immer mit Ausschlüssen einhergeht und von Machtbeziehungen strukturiert wird. In diesem Kapitel möchte ich diesen Gedanken weiterentwickeln. Öffentlichkeit ist nicht nur kein machtfreier Raum, wie Nancy Fraser (1990, 2004) deutlich macht, sondern auch kein regierungsfreier Raum. Ich analysiere die Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* herstellt, in Bezug auf Regieren und beschreibe das Kuratieren der Öffentlichkeit als Regierungstechnik.

Wenn ich in dieser Arbeit von Regieren spreche, beziehe ich mich auf Foucaults Schriften zu *Gouvernmentalität*, einer komplexen Verkopplung von Machtformen und Subjektivierungsweisen (Foucault in Sharma/Gupta 2006 [1977–79], 2015 [1977–78]). Foucault geht davon aus, dass sich Regieren mit der Moderne verändert hat und erst dann als Kunst des Regierens thematisiert wurde. Erst seitdem ist nicht mehr ein bestimmtes Territorium, sondern in erster Linie die Bevölkerung Objekt des Regierens: »What government has to do with is not territory but, rather, a sort of complex composed of men and things.« (Foucault in Sharma/Gupta 2006 [1977–79]: 135). Foucault vertritt damit einen weiter gefassten Begriff von Regieren, der Regieren nicht auf Parlamente beschränkt.

In der westlich-dominanten Konzeption von Öffentlichkeit kommen Privatpersonen zusammen und vermitteln in einem nationalstaatlichen Rahmen demokratisch ihre Anliegen den Regierenden, wobei sie auf diese Weise Herrschaft unterlaufen (Habermas 2006 [1962]: 87). Hier könnte man denken, dass diese Privatpersonen, da sie nicht Teil der Regierenden sind, ausschließlich *regiert werden* und selbst nicht am Regieren teilnehmen. Folgt man Foucault, ist dies jedoch nicht so eindeutig. Der Anthropologe David Scott sieht etwa die Öffentlichkeit, die Habermas empirisch beschreibt, in Zusammenhang mit Gouvernmentalität, da sich erst durch Gouvernmentalität eine Zivilgesellschaft formiere:

It will be recalled that what Habermas is concerned to do in this now much discussed book [The Structural Transformation of the Public Sphere] is to provide an historical and sociological account of the emergence – and subsequent decomposition – of a domain distinctive, even constitutive, of the European modern: the bourgeois »public sphere.« This public sphere emerges in the eighteenth century as a product of new commercial relationships that involve a traffic in commodities and news – and indeed in news as a kind of commodity. [...] However, since for Habermas this story of the public sphere of civil society is by and large a chapter in the story of the progressive emancipation of an enlightened domain of unrestricted and rational discussion of matters of general interest (and of the contemporary threat to that progress in the widespread advance of technocratic consciousness), it still reads like the familiar improving story of modernization. [...] More specifically, what gets elided is the emergence of a new – that is, modern – political rationality in which power works not in spite of but through the construction of a subjectivity normatively experienced as the source of free will and rational, autonomous agency. It is this conception of a form of power, not merely traversing the domain of the social, but constructing the normative (i.e., enabling/constraining) regularities that positively constitute civil society, that Michel Foucault tries to think in his work on »governmentality.« (Scott in Inda 2005: 32)

Auch im westlich-dominanten Verständnis ist, wenn ich mich an Foucault und Scott orientiere, Öffentlichkeit also nicht frei von Regieren. Ich verstehe Öffentlichkeit als einen erweiterten Regierungsraum, der jedoch sehr unterschiedlich gestaltet sein kann. Ich sehe die Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* herstellt, dabei im Zusammenhang mit den »Besonderheiten und Dynamiken der sehr heterogenen Staatskonfigurationen im Globalen Süden« (Burchardt/Peters 2015: 257). Die Öffentlichkeit der *Jordan Times* auf diese Weise einzuordnen, ermöglicht nicht nur eine spezifische Vergleichbarkeit, sondern nimmt die Gegebenheiten vor Ort ernst, ohne sie zu romanisieren oder für defizitär zu erklären.

Die *Jordan Times* ist als Institution charakteristisch für eine globale Raumordnung, bei der im Globalen Süden in den Hauptstädten eine privilegierte Schicht aus dem Globalen Norden bedient wird. Die Leser*innen der *Jordan Times* beziehen sich anders auf den jordanischen Staat als Jordanier*innen. Sie sind Teil einer transnationalen Elite, die – unwissentlich und undemokratisch – mitregiert und auf die die *Jordan Times* versucht Einfluss zu nehmen. Selbst wenn die internationalen Leser*innen die Zeitung als Privatpersonen und nicht aus beruflichen Gründen lesen, sind sie mit anderen machtvollen Öffentlichkeiten verbunden, die die journalistische Praxis der *Jordan Times* als die internationale Öffentlichkeit zusammenfasst und als ›Weltverallgemeinert (vgl. Kap. 3.3). Ich habe die Situation, dass die Leser*innen direkt in Zusammenhänge der Entwicklungszusammenarbeit involviert sind, als eine des postkolonialen Mitregierens beschrieben (vgl. Kap. 3.1.2). An diesem postkolonialen Mitregieren ist eine Assemblage von Akteuren beteiligt, von denen sich nur wenige tatsächlich vor Ort befinden.

Die journalistische Praxis der *Jordan Times* ist sowohl darauf ausgerichtet, dass Jordanien bei den Geberländern und Botschaften, über die sie berichtet, positiv in Erscheinung tritt, als auch beim jordanischen Staat Gefallen zu finden, dem sie verpflichtet ist und der die Pressefreiheit einschränkt. Darum vermeidet sie es, in beide Richtungen Kritik zu äußern und macht Gebrauch von Strategien wie der rigiden Form, der Auslassung oder der Entpolitisierung und vermeidet so Reibung (vgl. Kap. 4.3). Gleichzeitig ist die journalistische Praxis bemüht, die Glaubwürdigkeit der Zeitung zu wahren, wobei sie sich an einem universalen journalistischen Ethos orientiert. Ich habe ausgeführt, dass die journalistische Praxis der *Jordan Times* mit ihrem Kuratieren darauf abzielt, die Beziehung zwischen den internationalen Leser*innen und dem jordanischen Staat zu gestalten (vgl. Kap. 5.4). Die journalistische Praxis imaginiert die Leser*innen dabei unterschiedlich, je nachdem wie groß das Interesse der internationalen Öffentlichkeit ausfällt und worauf es sich richtet. Wie wir gesehen haben, werden die Leser*innen der *Jordan Times* teilweise mehr, teilweise weniger mit einer internationalen Öffentlichkeit identifiziert, die je nach Situation strategisch einbezogen oder ausgeschlossen werden soll. Wenn es beispielsweise um Veranstaltungen oder die Aktivitäten von Botschaften geht, ist für die journalistische Praxis die Lebensrealität der Expats, die sich vor Ort befinden, relevanter

als die internationale Öffentlichkeit. Der Raum, der sich durch diese verschiedenen Konstruktionsprozesse öffnet, ist die spezifische Form der Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* hervorbringt.

Die journalistische Praxis der *Jordan Times* nimmt, so argumentiere ich, mit der Öffentlichkeit, die sie herstellt, an den Aushandlungen über die Situation des postkolonialen Mitregierens teil und übernimmt innerhalb dieser Aushandlungen eine Funktion für den jordanischen Staat. Dabei tariert die *Jordan Times* eine spezifische Machtbalance aus zwischen einem Staat, der ein koloniales Produkt ist, und einem postkolonialen Mitregieren, das die Autorität dieses Staates in Frage stellt. Ich argumentiere, dass die journalistische Praxis der *Jordan Times* darauf ausgelegt ist, in Abgrenzung zu einer internationalen Öffentlichkeit die staatlichen Autoritäten als Regierende und nicht als Regierte darzustellen. Dabei navigiert sie komplexe Abhängigkeitsverhältnisse, indem sie ein bestimmtes Staatsverständnis vermittelt und einen hegemonialen Entwicklungsdiskurs reproduziert.

Die internationale Öffentlichkeit, auf die die *Jordan Times* mit ihrer journalistischen Praxis reagiert, ist eine radikale Verallgemeinerung. Dennoch bestimmt sie die Möglichkeiten der von der *Jordan Times* hergestellten Öffentlichkeit. Ich sehe die internationale Öffentlichkeit, auf die die journalistische Praxis der *Jordan Times* reagiert, sowie den jordanischen Nationalstaat, der sich durch die *Jordan Times* den internationalen Leser*innen darstellt, als Teil eines *Entwicklungsregimes*. Mit dem Begriff des Regimes lassen sich die unterschiedlichen Akteure fassen, die in einem bestimmten Kontext an Regierungszusammenhängen beteiligt sind, so etwa Grenz- und Migrationsregime. Der Begriff wurde zuerst durch die Internationalen Beziehungen entwickelt. Dabei bezeichnet der Begriff des Regimes ein relativ stabiles, jedoch unregulierte Gefüge:

Es geht [...] um das Problem der Verfestigung von Verhältnissen, die ihrer Natur nach als äußerst instabil angesehen werden müssen, von denen aber nicht angenommen werden kann, dass sie exogen, also etwa vom Staat gesichert oder gesteuert werden. Die »Regularisierung« sozialer Verhältnisse wird vielmehr als Resultat sozialer Auseinandersetzungen begriffen, die in immer wieder zu erneuernden (oder umzuworfenden) institutionellen Kompromissen münden. (Karakaly/Tsianos in *Transit Migration* Forschungsgruppe 2007: 13–14)

Auch der jordanische Nationalstaat besteht nicht nur aus dem Königshaus und der Regierung, sondern aus vielen unterschiedlichen Akteuren, die in unterschiedlichen Beziehungen zueinander stehen. Eine erhöhte Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit hat zur Folge, dass der jordanische Nationalstaat – vermittelt durch die journalistische Praxis der *Jordan Times* – bestätigen muss, dass sich Jordanien entwickelt. Dabei ist besonders wichtig, den Staat als verantwortlich und fähig darzustellen. Die journalistische Praxis kontrolliert in diesem Fall noch stärker, wie der jordanische Staat imaginiert wird. Auf diesen Punkt möchte ich genauer eingehen.

Nach Foucault ist der Staat nicht die Einheit, die er behauptet zu sein, sondern ist »no more than a composite reality and a mythicized abstraction« (Foucault in Sharma/Gupta 2006: 142). Stattdessen sei es Gouvernmentalität, die diese vermeintliche Einheit aufrechterhalte:

[I]f the state is what it is today, this is so precisely thanks to this governmentality, which is at once internal and external to the state, since it is the tactics of government which make possible the continual definition and redefinition of what is within the competence of the state and what is not, the public versus the private, and so on; thus the state can only be understood in its survival and its limits on the basis of the general tactics of governmentality. (Foucault in Sharma/Gupta 2006: 143)

Die Anthropologen James Ferguson und Akhil Gupta analysieren, mit welchen räumlichen Metaphern Staaten imaginiert werden und sprechen davon, dass Staaten meist als *über* der Gesellschaft stehend und sie gleichzeitig *einschließend* imaginiert werden. Sie beziehen sich auf den oben bereits erwähnten Anthropologen David Scott (1998), wenn sie dafür argumentieren, nicht nur Praktiken in den Fokus zu nehmen, die Staaten auf bestimmte Weisen imaginieren, sondern auch, wie Staaten selbst diese Imaginationen kontrollieren:

The metaphors through which states are imagined are important, and scholarship in this area has recently made great strides. But the understanding of the social practices through which these images are made effective and are experienced is less developed. This relative inattention to state practices seems peculiar, because states in fact invest a good deal of effort in developing procedures and practices to ensure that they are imagined in some ways rather than others (Scott 1998). They seem to recognize that a host of mundane rituals and procedures are required to animate and naturalize metaphors if states are to succeed in being imagined as both higher than, and encompassing of, society. (Ferguson/Gupta in Inda 2005: 108)

In diesem Zusammenhang sehe ich auch die journalistische Praxis der *Jordan Times* als einen Versuch, das Bild des jordanischen Staates zu kontrollieren. Die Bemühungen von Staaten, ihr Bild zu kontrollieren, sind laut Ferguson und Gupta jedoch keineswegs automatisch erfolgreich, sondern umkämpft:

But such efforts by states to establish their superior spatial claims to authority do not go uncontested. This is especially true at a time when new forms of transnational connection are increasingly enabling »local« actors to challenge the state's well-established claims to encompassment and vertical superiority in unexpected ways, as a host of worldly and well-connected »grassroots« organizations today demonstrate. [...] The extent to which states are successful in establishing their

claims to encompass the local is therefore not preordained, but is a contingent outcome of specific sociopolitical processes. (Ferguson/Gupta in Inda 2005: 114)

Ferguson und Gupta entwickeln, auf Foucault aufbauend, den Begriff der »transnationalen Gouvernmentalität« (Ferguson/Gupta in Inda 2005: 114). Diese Form der Gouvernmentalität sei typisch für den Neoliberalismus, der entgegen gängiger Ansichten kein *weniger* an Staat bedeute, sondern ein Abgeben von Regierungsaufgaben an internationale nicht-staatliche Akteure, die diese Aufgaben wie Unternehmen übernehmen. Ihr Argument ist, dass diese neue Form der Gouvernmentalität dieselben verräumlichten Bilder fortführt: Internationale Institutionen stehen *über* den Staaten und schließen die Staaten und damit auch das Lokale ein.

Ich argumentiere, dass das Entwicklungsregime, in dem sich die *Jordan Times* bewegt, von dieser transnationalen Gouvernmentalität charakterisiert wird. Ich sehe, an die von Ferguson und Gupta diagnostizierte transnationale Gouvernmentalität anschließend, das Kuratieren der *Jordan Times* als Versuch des jordanischen Nationalstaats, vermittelt durch die *Jordan Times*, seine Autorität zu wahren. Dabei stehen das Regieren des jordanischen Nationalstaats und das postkoloniale Mitregieren von internationalen Organisationen, NGOs und Botschaften in Konkurrenz, aber auch in Abhängigkeit voneinander. Die journalistische Praxis der *Jordan Times* ist daran beteiligt, dieses Verhältnis zu navigieren. Der nationalstaatliche Zusammenhang soll als bedeutsamer dargestellt werden als das postkoloniale Mitregieren. Dies haben wir zum Beispiel besonders deutlich am Kuratieren der Seiten (vgl. Kap. 4.1.3) gesehen, bei dem in der gedruckten Ausgabe der Zeitung diejenigen Nachrichten, die Aktivitäten des Königs oder des jordanischen Premierministers zum Inhalt haben, immer *über* die Aktivitäten von NGOs und Rankings internationaler Organisationen gesetzt werden. Die journalistische Praxis der *Jordan Times* wehrt sich dagegen, dass internationale Institutionen *über* Jordanien stehen und dabei vermeintlich das Lokale einschließen. Stattdessen wird der nationalstaatliche Zusammenhang als das Lokale einschließend betont. Das Kuratieren der *Jordan Times* reagiert also auf die transnationale Gouvernmentalität und praktiziert Formen des Selbststregierens, indem es mit seiner rigiden Form eigene Narrative formt und Beziehungen pflegt. In diesem Sinne können wir das Kuratieren der *Jordan Times* als Regierungstechnik verstehen.

Mit der transnationalen Gouvernmentalität gehen auch Subjektivierungsweisen einher. Es heißt, insbesondere die ehemaligen Kolonien nähmen journalistische Praxis in Anspruch, um über die Herstellung von Öffentlichkeit moderne Bürger*innen hervorzubringen (Eickelman/Anderson in Eickelman/Anderson 2003: 2, vgl. Kap. 2.3.1). Auch die *Jordan Times* ist daran beteiligt, Jordanien zu modernisieren, indem sie die Beziehung zwischen den internationalen Leser*innen und dem jordanischen Staat mitgestaltet und dabei den Leser*innen zeigt, dass sich Jordanien entwickelt. Wie ich erörtert habe (vgl. Kap. 5.1.3), spricht die *Jordan Times* ihre

Leser*innen dabei auf eine bestimmte Art an und ist damit an dem Prozess beteiligt, den etwa der Anthropologe Didier Fassin (2008) als politische Subjektivierung beschreibt. Laut Fassin gibt es nur begrenzte Subjektpositionen und Subjektivitäten, die unter bestimmten politischen Bestimmungen politische Relevanz haben (Fassin 2008: 533). Fassin bezieht sich dabei auf den Philosophen Louis Althusser (1976):

Thus defined, political subjectification conforms to Louis Althusser's paradigm of interpellation (1976: 113): »all ideology interpellates concrete individuals as concrete subjects,« he writes. We can generalize this proposition: any socially relevant (and therefore culturally constructed) designation constitutes both a subject called on to identify him or herself, sometimes against his or her will, with the way in which she or he is designated, and a subjectivity that conforms, at least in part, to this injunction. (Fassin 2008: 533)

Fassin folgend argumentiere ich, dass die *Jordan Times* an Regieren auch beteiligt ist, indem sie ihre Leser*innen auf eine bestimmte Art und Weise anspricht. Das tut sie unter bestimmten politischen Bedingungen, die dazu führen, dass diese Art und Weise des Ansprechens politisch relevant wird. Diese Bedingungen verändern sich, je nachdem, wie groß die Journalist*innen das Interesse der internationalen Öffentlichkeit einschätzen und ob sie die Stabilität des Staates in Frage gestellt sehen.

Wie die journalistische Praxis die Leser*innenschaft der *Jordan Times* anspricht, offenbart außerdem ganz allgemein eine Schieflage, die im Nord-Süd-Verhältnis begründet ist: Der jordanische Staat muss sich, vermittelt durch die *Jordan Times*, nicht gegenüber allen Migrant*innen darstellen, sondern nur gegenüber privilegierten Expats. Politische Teilhabe für alle zu fordern, muss berücksichtigen, für wen Öffentlichkeit in Aussicht gestellt wird. Die Anthropologinnen Regina Römhild und Johanna Rolshoven schreiben in Bezug auf vermeintlich neutrale Kategorien in der Migrationsforschung:

Zudem zeigt die Betrachtung des Anwendungsbereichs von ›Migration‹, dass diese Kategorie fast ausschließlich für die Einwanderung aus dem europäischen und dem globalen Süden und Osten reserviert ist und dass sie vorwiegend mit den unteren sozialen Rändern der Gesellschaft und den damit verbundenen Problemlagen assoziiert wird. Migration aus dem europäischen und dem globalen Norden dagegen wird, wenn überhaupt, privilegierten, ungleich positiver besetzten Mobilitätskategorien, etwa ›Expatriates‹, zugeordnet. Es zeigt sich also, dass auch die Bezeichnung *Migration* keineswegs einer ›unschuldigen‹ wissenschaftlichen Analysekategorie entspricht, sondern aufs Engste mit politischen Mobilitäts- und Grenzregimen verflochten ist. (Römhild/Rolshoven in Römhild/Rolshoven im Druck)

Sie machen die Wichtigkeit einer »gouvernementale[n] Dimension von scheinbar nur deskriptiven Mobilitätskategorien« (Römhild/Rolshoven in Römhild/Rolshoven im Druck) deutlich. Die gouvernementale Dimension des Begriffs der Expats zeigt sich auch an der Gestaltung der Öffentlichkeit der *Jordan Times*.

Der Philosoph Charles Taylor beschreibt die Idee, dass etwas Äußeres Macht kontrollieren soll, als charakteristisch für den westlich-modernen Öffentlichkeitsbegriff: »In other words, with the modern public sphere comes the idea that political power must be supervised and checked by something outside.« (Taylor 2000: 90). Auch die *Jordan Times* bestätigt das »Prinzip der Kontrolle« (Habermas 2006 [1962]: 87), mit dem Öffentlichkeit Herrschaft als solche verändern soll. Kontrolliert wird hier jedoch zweifach: eine internationale Öffentlichkeit, aber auch der jordanische Staat, wenn auch durch unterschiedliche Mechanismen. Die journalistische Praxis ist in erster Linie darauf ausgelegt, die internationale Öffentlichkeit zu kontrollieren – durch die rigide Form, Auslassungen, Entpolitisierung usw. Sie kontrolliert jedoch auch den jordanischen Staat, indem sie das lokale Politikgeschehen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht und als Zeitung im Sinne eines universalen journalistischen Ethos glaubwürdig bleiben will.

Den Begriff der Öffentlichkeit mit dem Begriff des Regierens zusammenzudenken, öffnet den Begriff der Öffentlichkeit für seine Machtansprüche und -wirkungen. Was ich als Kuratieren bezeichnet habe, kann ich jetzt auch als Regierungs-technik innerhalb eines bestimmten Feldes des Regierens, nämlich innerhalb einer transnationalen Gouvernmentalität, verstehen. Öffentlichkeit ist der Möglichkeitsraum, den Kuratieren dabei gestaltet. Diesen Möglichkeitsraum am Leben zu erhalten und dabei immer wieder seine Grenzen zu definieren und zu verteidigen, ist die Arbeit, die ich hier als Kuratieren der Öffentlichkeit verstanden wissen möchte. Inwiefern dabei Widerstand und Emanzipation möglich sind, werde ich im nächsten Unterkapitel diskutieren.

6.2 Widerstand und Emanzipation

Im westlich-dominanten Verständnis gilt Öffentlichkeit als Garant für demokratische Entwicklung. Öffentlichkeit soll dabei eine kritische Instanz sein, die im Sinne der Zivilbevölkerung in einem nationalstaatlichen Rahmen die herrschende Macht kontrolliert und demokratisch legitimiert. Doch wie sieht dieser Anspruch in einem Nord-Süd-Gefüge aus, also etwa bei der *Jordan Times*, die im Globalen Süden für ein Publikum aus dem Globalen Norden berichtet? Die von der *Jordan Times* hergestellte Öffentlichkeit soll den jordanischen Staat in einem internationalen Rahmen, also einer internationalen Öffentlichkeit gegenüber, kontrollieren und legitimieren – und Jordanien damit einen Zugang zur Welt ermöglichen (vgl. Kap. 3.3). Ich habe analysiert, dass sich die *Jordan Times* dafür zwar an einem westlich-dominanten Öf-

fentlichkeitsbegriff und seinen Versprechen orientiert, dabei aber den jordanischen Staat gegenüber einer internationalen Öffentlichkeit, die ihn in Frage stellt, verteidigt (vgl. Kap. 5.4). Die Frage, die ich in diesem Unterkapitel erörtere, ist: Nutzt die journalistische Praxis der *Jordan Times* widerständige Spielräume aus und löst damit zumindest Teile der universalen Ansprüche von Öffentlichkeit ein?

Macht und Widerstand sind untrennbar miteinander verbunden: »Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand. Und doch oder vielmehr deswegen liegt der Widerstand niemals außerhalb der Macht.« (Foucault 2004 [1983]: 96). Im vorigen Unterkapitel habe ich das Kuratieren der *Jordan Times* als eine machtvolle Regierungstechnik beschrieben, die auf das postkoloniale Mitregieren von internationalen Organisationen, Botschaften und NGOs, das heißt auf ein Entwicklungsregime, reagiert und so selbst an diesem Entwicklungsregime teilhat. Die *Jordan Times* lässt sich dabei als eine vom Staat genutzte ›Technologie der Imagination‹ bezeichnen:

Where there is the desire to implement wide-scale political and economic change, technologies of imagination help galvanize public opinion, making sure that people invest in governmental visions of the future and promote the benefits of change. In short, technologies of imagination make sure that everyone is pulling in the same direction, that momentum is maintained. (Bryant/Knight 2019: 146)

Die Zeitung nimmt als ›Technologie der Imagination‹ an dem Entwicklungsregime teil, das von einer transnationalen Gouvernmentalität charakterisiert ist.

Die oben bereits erwähnten Anthropologen Ferguson und Gupta zeigen die politischen Herausforderungen auf, die mit einer transnationalen Gouvernmentalität verbunden sind. Die transnationale Gouvernmentalität geht nämlich nicht notwendigerweise mit Demokratisierung einher:

If, as some neoliberal theorists of state and society suggest, domination is rooted in state power, then rolling back the power of the state naturally leads to greater freedom, and ultimately to »democratization.« But the argument is revealed to be fallacious if one observes that, in Africa and elsewhere, domination has long been exercised by entities other than the state. (Ferguson/Gupta in Inda 2005: 118).

Internationale Organisationen würden weniger in die Verantwortung genommen werden als Staaten im Globalen Süden, die durch Wahlen legitimiert werden: »In this way, policies that are in fact made and imposed by wholly unelected and unaccountable international bankers may be presented as democratically chosen by popular assent.« (Ferguson/Gupta in Inda 2005: 119). Auch Projekte der Entwicklungszusammenarbeit erfüllen nicht unbedingt die intendierten Ziele. So beschreibt etwa der Politikwissenschaftler Benjamin Schuetze, dass Programme zur Demokratisierung in Jordanien ganz im Gegenteil autoritäre Tendenzen des Regimes förderten:

As one of the largest recipients of US and European foreign aid worldwide, Jordan is thus not just a case study, but a state of the art. I have argued that even though US and European policy in Jordan comes under the cloak of a universally applicable morality that claims the surmounting of authoritarianism as its objective, its effect is not very different from traditional modes of imperial support for authoritarian regimes, except for making resistance against it all the harder. (Schuetze 2019: 215)

Die journalistische Praxis der *Jordan Times* ist darauf ausgerichtet, sowohl den jordanischen Staat als auch einen bestimmten Entwicklungsdiskurs zu stützen. Das postkoloniale Mitregieren ist dabei undemokratisch und der jordanische Staat gilt sowieso nicht als vollständige Demokratie. Hat die Öffentlichkeit der *Jordan Times* also keine demokratischen Potenziale? Löst sie nicht einmal teilweise die universalen Ansprüche von Öffentlichkeit ein? Völlig unabhängig von den undemokratischen Strukturen kann die journalistische Praxis nicht sein:

So ist die sich immer wieder neu stellende Frage der Agency, der Handlungsmacht der beteiligten Akteure, nicht ohne ihre unmittelbare, oft sogar konspirative und kollaborative Verwicklung mit den Ordnungspolitiken zu beantworten. (Römhild/Rolshoven in Römhild/Rolshoven im Druck)

Durchaus kann aber das Ziel journalistischer Praxis sein, größere Unabhängigkeit der Öffentlichkeit vom Staat sowie von den internationalen Organisationen zu erreichen:

Die Autonomisierung gewisser Sphären ist nicht der notwendige strukturelle Effekt von irgendetwas, sondern vielmehr das Resultat präziser artikulatorischer Praxen, die diese Autonomie konstruieren. (Laclau/Mouffe 2006: 182)

Die journalistische Praxis der *Jordan Times* ist, da sie dem jordanischen Staat verpflichtet ist, mit daran beteiligt, die Bedingungen, in denen ihre Berichterstattung stattfindet, zu entpolitisieren. Doch gleichzeitig muss sie für ihre Leser*innen glaubwürdig bleiben. Sie bleibt daher unter der Überschrift eines universalen journalistischen Ethos auch eine Kontrollinstanz, solange sie das lokale Politikgeschehen einer internationalen Öffentlichkeit zumindest oberflächlich zugänglich macht.

Die Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* herstellt, enthält dabei das Versprechen auf Emanzipation der jordanischen Zivilbevölkerung gegenüber den jordanischen Autoritäten, weil durch die internationale Leser*innenschaft andere Öffentlichkeiten mobilisiert werden können, die wiederum auf den jordanischen Staat Einfluss nehmen können. Die journalistische Praxis hält außerdem durch Bezüge auf vergangene Zeiten – ich habe sie Geister anderer Zeiten genannt – universale Versprechen aufrecht, mit denen die Journalist*innen eine mögliche Demokratisierung des

Staates verbinden (vgl. Kap. 5.3). Auch bei lokalen Ereignissen, denen die Journalist*innen große politische Relevanz zuschreiben, erscheinen die universalen Versprechen der Öffentlichkeit oft greifbarer.

Manche Versprechen der von der *Jordan Times* hergestellten Öffentlichkeit werden immer wieder aufgeschoben und entfalten dennoch ihre Machtwirkungen. Andere Versprechen werden von der *Jordan Times* tatsächlich erfüllt. Die internationalen Leser*innen werden, auf eine von der *Jordan Times* kuratierte Weise, in die politischen Geschehnisse des Landes einbezogen. Auf sie ist das Versprechen ausgerichtet, am lokalen politischen Geschehen teilzuhaben, sich damit von Tourist*innen zu unterscheiden, vielleicht sogar zu Kosmopolit*innen zu werden. Gleichzeitig erfüllt die *Jordan Times* das Versprechen, den jordanischen Staat zu schützen. Dabei wird auf das Regieren der Leser*innenschaft bzw. das mit ihnen verbundene Entwicklungsregime reagiert. Die Öffentlichkeit, die die *Jordan Times* herstellt, schafft den *common ground*, den die internationalen Leser*innen mit der jordanischen Bevölkerung teilen sollen, definiert aber auch die Grenzen der Teilhabe.

Die *Jordan Times* hält den politischen Status quo aufrecht und bewahrt gleichzeitig die Möglichkeit einer demokratischeren Zukunft. Diese Möglichkeit einer anderen, offeneren Öffentlichkeit legitimiert die journalistische Praxis, die vor allem von Knappheit geprägt ist. Eine andere Öffentlichkeit würde auch eine andere Beziehung zwischen dem jordanischen Staat und den internationalen Leser*innen bedeuten. Ich sehe die *Jordan Times*, deren Wirken über den jordanischen Nationalstaat hinausgeht, als Institution, die den Schutz des jordanischen Nationalstaats strategisch an erste Stelle stellt, zugleich jedoch eine kosmopolitische Vision lebendig hält:

Der Kosmopolitismus kombiniert die Wertschätzung von Differenz und Andersartigkeit mit den Bemühungen, neue demokratische Formen der politischen Herrschaft jenseits der Nationalstaaten zu konzipieren [...]. (Beck/Grande 2007: 25)

Der imperialen Geste, sich das lokale Politikgeschehen aneignen zu wollen, kann die kosmopolitische Vision als Alternative entgegengesetzt werden:

Kosmopolitismus unterscheidet sich von allen zuvor genannten Formen dadurch, daß hier im Denken, Zusammenleben und Handeln die *Anerkennung von Andersheit* zur Maxime wird, und zwar sowohl im Inneren als auch nach außen. Unterschiede werden weder hierarchisch geordnet noch aufgelöst, sondern als solche akzeptiert, ja positiv bewertet. Der Kosmopolitismus bejaht, was in den beiden Positionen der hierarchischen Verschiedenheit und der universalen Gleichheit ausgeschlossen ist: die anderen als verschieden und als gleich wahrzunehmen. (Beck/Grande 2007: 27, Hervorhebungen im Original)

Die kosmopolitische Vision beinhaltet, Andersheit anzuerkennen, ohne dabei universelle Gleichheit auszuschließen. Gemeint ist hier kein Gegensatz zum national-

staatlichen Rahmen, sondern die Erweiterung des nationalstaatlichen Rahmens um einen neuen Raum, in dem Begegnung möglich wird.

Ich möchte die Möglichkeit für Emanzipation durch die von der *Jordan Times* hergestellte Öffentlichkeit als etwas beschreiben, das durch Potentialität charakterisiert und im Gegensatz zu Entwicklung kein Versprechen ist. Ich berufe mich hier auf die Anthropolog*innen Rebecca Bryant und Daniel Knight, die den Unterschied zwischen Versprechen und Potentialität folgendermaßen formulieren:

While »promise« derives from the Latin *promittere*, which means to send forth, let go, or to throw, »potentiality« derives from *potentia*, which means a power or force. While the former implies already sending the present toward the future, the latter implies a present that is, as we say, pregnant with the future. (Bryant/Knight 2019: 62)

Bryant und Knight beziehen sich dabei auf den Philosophen Giorgio Agamben (1999):

We often speak of potentiality as the present pregnant with possibilities, or what Giorgio Agamben refers to as »the presence of an absence« (1999: 179). The future is still to be born, nurtured in the present but not yet seen or realized. (Bryant/Knight 2019: 107)

Emanzipation ist als Potentialität bei der *Jordan Times* präsent und gleichzeitig abwesend. Versprechen beziehen sich auf etwas bereits Bekanntes und enthalten eine normative Ordnung, Potentialität nicht. Nur innerhalb einer normativen Ordnung lassen sich Erwartungen erfüllen. So erfüllt auch die journalistische Praxis der *Jordan Times* die Erwartungen, die an Jordanien innerhalb eines Entwicklungsdiskurses gestellt werden und hält damit Entwicklung als Versprechen aufrecht. Doch die *Jordan Times* als »Fenster zur Welt« (vgl. Kap. 3) umfasst auch eine spezifische Potentialität, die Möglichkeit zur Teilhabe an einer Welt, die sich gestalten lässt. Dabei ist nicht sicher, dass sich diese Potentialität auch tatsächlich realisiert: »What is important, then, is that potentiality is potential precisely because it may not happen.« (Bryant/Knight 2019: 125).

Statt die Öffentlichkeit der *Jordan Times* als defizitäre zu beschreiben, gilt es, den Entwicklungsdiskurs selbst zu demontieren, um den Status quo zu verändern. Erst wenn ein Versprechen als gebrochen gilt, können neue Erwartungshorizonte veränderte Praktiken hervorbringen: »A change in expectations may lead to practices being suddenly altered, reshaped, overturned, or impeded.« (Bryant/Knight 2019: 63).

Meine Forschung zeigt, dass es veränderte Bedingungen braucht, damit eine tatsächlich unabhängige Öffentlichkeit möglich wird. Die journalistische Praxis der *Jordan Times* leistet eine komplexe Vermittlungstätigkeit zwischen auf unterschiedliche Weise Regierenden, nämlich den jordanischen Autoritäten und einem post-

kolonialen Entwicklungsregime. Eine unabhängige Öffentlichkeit würde bedeuten, aus der vermittelnden Position heraus die universalen Versprechen neu zu definieren, um eine wirklich eigene Position zu finden. Diese würde möglicherweise zwar Erwartungen, die an Jordanien gestellt werden, enttäuschen, stattdessen aber Entwicklung neu definieren und damit erst wirklich ermöglichen.

6.3 Fazit und Ausblick

Ich habe dargestellt, wie die journalistische Praxis der *Jordan Times* trotz der Bedingungen der finanziellen Knaptheit und trotz ihrer rigiden Form eine gewisse Handlungsmacht hat. Es wäre jedoch fatal, die Zeitung als inhärent widerständig zu romantisieren, weder als antikoloniale Ressource des Eigensinns noch als Bastion einer kosmopolitischen Idee innerhalb eines autoritären Staates. Die *Jordan Times* ist vielmehr ein ambivalenter Akteur. Ihre Berichterstattung ist dem jordanischen Staat verpflichtet und in Bezug auf andere Staaten, mit denen Jordanien diplomatische Beziehungen pflegt, sowie in Bezug auf die internationalen Organisationen und NGOs im Land auf Harmonie bedacht. Die journalistische Praxis ist darauf ausgerichtet, ihre Version des jordanischen Staats gegenüber einer internationalen Öffentlichkeit zu verteidigen, die sie als ›Welt‹ verallgemeinert. Sie stellt den jordanischen Staat als souverän dar, wobei sie gleichzeitig Abhängigkeitsverhältnisse aufrechterhält und einen größeren Entwicklungsdiskurs bestätigt.

Doch auch als ambivalenter Akteur ist ihre Existenz von großer politischer Relevanz für die Beziehung zwischen dem jordanischen Staat und den Institutionen, in denen die sogenannten Expats arbeiten. Diese Relevanz lässt sich möglicherweise erst vollständig erfassen, wenn die Zeitung nicht mehr existiert. Die staatsnahe *Jordan Times* hat ganz klar erkennbare Loyalitäten. Onlinemedien, die die Zeitung möglicherweise irgendwann verdrängen, sind sicherlich weniger leicht einzuschätzen. Aktuelle Debatten über Lügenpresse, alternative Medien oder sogenannte Deepfakes zeigen die große Wichtigkeit einer journalistischen Praxis auf, die Qualitätsstandards einhält und Quellen überprüft. In diesem Zusammenhang kann man die journalistische Praxis der *Jordan Times* gar nicht genug wertschätzen, die an diesen Qualitätsstandards strikt festhält, selbst auf die Gefahr hin, trocken und langweilig zu wirken.

Ich habe das Kuratieren der *Jordan Times* als eine Regierungstechnik innerhalb einer transnationalen Gouvernmentalität analysiert, die die Rolle des Staates in einem Entwicklungsregime verteidigt, dabei aber gleichzeitig auch eine kosmopolitische Alternative lebendig hält. Dabei wurde die Ambivalenz deutlich, die Tsing (2005: 9) Universalien zuschreibt, sowohl Herrschaft zu stützen als auch emanzipatorischen Widerstand zu ermöglichen. Das Festhalten an Universalien ist für die

Teilhabe an der Welt unbedingt notwendig, aber nicht aus allen Positionen heraus gleich aufwendig.

Mein Forschungsprojekt zielte auf eine postkoloniale Rekonzeptualisierung des Öffentlichkeitsbegriffs für die Sozial- und Kulturwissenschaften. Dabei ging es mir weniger um eine Neudefinition des Begriffs als um die Frage, welche globalen Verflechtungen in der Herstellung von Öffentlichkeit zutage treten. Wir haben gesehen, dass bei der *Jordan Times* nicht nur Selbstzensur, die ein autoritärer Staat zu verantworten hat, sondern auch ein postkoloniales Entwicklungsregime die Möglichkeiten der Journalist*innen einschränkt.

Meine Arbeit möchte mit ihrer Perspektive zu weiteren Forschungen anregen, die untersuchen, wie Öffentlichkeiten in der empirischen Praxis ausgehandelt werden und welche Regierungstechniken mit ihnen verbunden sind. Weiterführende Forschungsvorhaben im Globalen Süden könnten fragen, wie dort Öffentlichkeiten das Verhältnis zwischen lokalem Politikgeschehen und internationaler Öffentlichkeit aushandeln. Doch auch Forschung im Globalen Norden könnte davon profitieren, Öffentlichkeiten als kuratierte zu analysieren, um globale Verflechtungen in den Blick zu nehmen, Ausschlüsse aufzudecken und journalistische Praxis trotzdem wertzuschätzen. Ich hoffe, dass meine Arbeit nicht nur akademische Forschung inspiriert, sondern auch relevante Impulse für gesellschaftliche Debatten geben kann – darüber, wie wir die Bedingungen für demokratischere Öffentlichkeiten fördern und gleichzeitig die Machtzusammenhänge, die diese verhindern, beseitigen können.